Nr. 300a. 38. Jahrgang.

Parlaments-Ausgabe

Berliner Tageblatt

Berlin, 17. Juni 1909

Deutscher Reichstag.

262. Sitzung vom 16. Juni.

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

Reichsfinanzreform.

Reichskanzler **Fürst Bülow** (fortfahrend):

In Süddeutschland und Mitteldeutschland wird man kennen müssen, den Wert der konservativen Prinzipien höher, viel höher zu schätzen. (Lebhafter Widerspruch und Gelächter links. Sehr richtig! rechts.) Man wird aber auch in Preußen nicht vergessen dürfen, daß der Liberalismus auch für das Deutsche Reich unentbehrlich ist. Wenn ich mich nun frage, warum die parlamentarische Stärke der liberalen Parteien wohl nicht der starken Verbreitung des liberalen Gedankens entspricht, so finde ich die Erklärung nicht nur in dem Emporkommen der Sozialdemokratie, auch nicht allein in der Entziehung liberaler Kräfte durch den Kulturkampf, sondern auch in einem **gewissen doktrinären Zug der linksstehenden liberalen Gruppen** (Lachen links), die die Stärke der im Fluge der Zeit wachsenden neu auftauchenden Bedürfnisse unterschätzen. So habe ich es gerade vom Standpunkt der Linken für einen Fehler gehalten, daß sie sich so unendlich lange aufgehalten hat bei der sogenannten Liebesgabe und daß sie bei einer ausreichenden durchgreifenden Besteuerung des Tabaks die wohlerwogene und durchdachte Steuervorlage der Regierung a limine abgelehnt hat. Ich habe es auch nicht verstanden, daß sie gegenüber einer nach ihrer Ansicht unzulässigen Handhabung der Geschäftsordnung sich nicht mit einem Protest begnügte, sondern sich von den weiteren Verhandlungen fern hielt. Es gibt sehr wenig Beispiele für die Nützlichkeit einer solchen Taktik, aber sehr viele für ihre Unvorteilhaftigkeit. Ich glaube, eine Partei ist immer besser daran, wenn sie auf dem Posten bleibt und bereit ist, weiter zu fechten, als wenn sie demonstrativ das Feld räumt. Sie hätten auch in einer ganzen Reihe von steuerlichen Einzelfragen sehr wohl agrarfreundlich auftreten können und dabei doch liberal bleiben können. (Lebhafter Widerspruch links.) Wenn ich in zahlreichen, ich kann wohl sagen, zahllosen Unterredungen, die ich über diesen Gegenstand, über die Finanzfrage gehabt habe, zu den Vertretern Ihrer Richtung sagte: Seien Sie entgegenkommender, zum Beispiel bei der Spiritussteuer, da wurde mir nicht selten erwidert: Ja, Sie haben vielleicht recht, aber das Programm! (Heiterkeit rechts.) **Programme veralten.** Sie werden leicht zu Kulissen, hinter denen man stehen bleibt, ohne in den Gang der Handlung auf der Bühne einzugreifen. Das haben wir auch im vorliegenden Falle gesehen. Wenn ich mich nicht irre, so sollen auch Ihre Programme von Vertretern der deutschen Interessen entsprechen. Und doch haben Sie sich das große Verdienst entgehen lassen, diesen Bedürfnissen abzuhelfen.

Aehnlich liegt es auch mit den Erfahrungen, die man hinsichtlich der Besteuerung des Massenkonsums gemacht hat. Man kann vor 20 Jahren ein scharfer Gegner aller Mehrbelastungen der Massen gewesen sein und kann doch heute nach einer glücklichen Entwickelung der wirtschaftlichen Verhältnisse, aber einer unglücklichen der Finanzverhältnisse in der Ueberzeugung gekommen sein, daß eine Heilung der Krankheit einfach nicht möglich ist. (Sehr richtig! rechts.) Ich erkenne es durchaus an, ich erkenne es hoch an, daß die Linke sich nicht grundsätzlich auf diesen Standpunkt gestellt hat. Ich betrachte es nicht nur als natürlich, ich betrachte es als notwendig und gerecht, daß neben dem Verbrauch auch der Besitz zur Deckung herangezogen wird. (Beifall.)

Damit, meine Herren, komme ich zu der

Haltung der rechten Seite dieses hohen Hauses.

(Aha! und große Heiterkeit.) In einem Lande, wo keine Partei die absolute Mehrheit hat, kann auch keine Partei verlangen, daß die Regierung nur auf ihre Worte schwört. Weil ich mich hierzu gegenüber der Zentrumspartei nicht entschließen konnte, ist es zu einem Bruch mit dieser Partei gekommen. **Ich kann mich auch der rechten Seite nicht unterordnen.** Wenn es in diesem Lande einen Minister gegeben hat, der die Bedeutung der konservativen Partei zu schätzen weiß, so bin ich es. (Sehr wahr! links.) Ich habe von Anfang an, sobald ich Minister wurde, es als meine Aufgabe betrachtet, die Spannung zu beseitigen, die damals zwischen der konservativen Partei und der Krone bestand. Ich habe in jahrelanger Arbeit mit großer Mühe, mit großer Geduld die gänzlich verfahrene Kanalfrage eingerenkt. Ich bin vom ersten Tage, buchstäblich von der ersten Stunde meiner ganzen Tätigkeit für die Wünsche, für die Bedürfnisse, für die Interessen der Landwirtschaft eingetreten. (Sehr richtig.) Ich glaube, meine Herren, Sie (nach rechts) werden lange warten, bis Sie wieder einen Kanzler bekommen (Lebhafte Zustimmung links und große Heiterkeit), der konservative Interessen, die wahrhaft konservativen Interessen und die wirklichen und dauernden Bedürfnisse der Landwirtschaft so konsequent und — ich füge hinzu — so erfolgreich vertritt wie ich. Aber von der Linie, die mir das Staatsinteresse vorschreibt, lasse ich mich auch nicht durch die konservative Partei abbringen. Ich bin nicht ein Führer der konservativen Partei und habe ihren Führern keine Ratschläge zu erteilen. Aber soweit meine historischen Kenntnisse reichen, glaube ich, daß die konservative Partei sich selbst am meisten schadet, wenn sie sich berechtigten Forderungen verschließt. (Sehr wahr! links.)

Verbündeten Regierungen sind der Ansicht, daß ein Betrag von 500 Millionen Mark neuer Steuern nicht lediglich durch eine weitere Ausgestaltung der indirekten Steuern geschaffen werden kann. Bereits in der Begründung zum Finanzgesetzentwurf haben wir gesagt:

„Neben der Belastung der allgemeinen Genußmittel, der Steuern auf Elektrizität, auf Gas und Anzeigen erweist es sich als absolut notwendig, zur Deckung auch solche Steuern heranzuziehen, die vornehmlich von den Besitzenden getragen werden. Es würde gegen die vornehmsten Grundsätze der deutschen Sozialpolitik verstoßen, wenn die Reform der Finanzen ausschließlich auf Abgaben aufgebaut würde, die trotz der Errungenschaften der Sozialpolitik und trotz der fortgesetzten Steigerung aller Einkommen die ärmeren Volksklassen erheblich höher belasten.“

Es heißt dann weiter in der Begründung:

„Dieser Ausgleich durch Heranziehung der Besitzenden kann nicht auf dem Wege der direkten Einkommens- und Vermögensbesteuerung erfolgen, da diese das unentbehrliche Fundament der einzelstaatlichen Finanzwirtschaft bildet. Sie einreißen, heißt die Finanzen der Einzelstaaten und der Selbstverwaltungskörper in dieselbe Bedrängnis bringen, in der sich das Reich befindet. Die verbündeten Regierungen sind daher fest entschlossen, neben den Verbrauchssteuern die Erbschaftssteuer zur Deckung des Bedarfs heranzuziehen.“

Und weiter heißt es:

„Hiernach kann die notwendige allgemeine Heranziehung des Besitzes nur durch **Ausbau der Erbschaftssteuer** erfolgen. Diese ermöglicht wie kaum eine andere eine Belastung nach der Größe des Vermögens und entspricht daher vorzüglich den Anforderungen sozialer Gerechtigkeit.“

Die hier bekundete Auffassung haben die verbündeten Regierungen konsequent festgehalten und sie ist auch von mir stets zum Ausdruck gebracht worden. Wenn die Erbschaftssteuer vermieden werden soll, so muß eine gleichartige, die verschiedenen Arten des Besitzes treffende Steuer gefunden werden. So lange eine solche Steuer **nicht** gefunden ist, müssen die verbündeten Regierungen

an der Erbschaftssteuer festhalten

(Beifall), und die verbündeten Regierungen sind der Ueberzeugung, daß eine solche Steuer mit gleichem Ertrage nicht gefunden werden kann.

Es mußte auffallen, daß die konservative Partei, die doch über eine reiche Erfahrung in der Führung der Geschäfte verfügt, sich von Anfang an ohne Zwang mit solcher Starrheit gegen die Erbschaftssteuer festgelegt hat. Sie hätte sich ein Beispiel nehmen sollen an der bewährten Taktik einer ihr nahestehenden Partei. Haben Sie je einen Sprecher des Zentrums in erster Lesung ablehnen hören? (Sehr gut! und große Heiterkeit links.) Wenn auch alle Bedenken hervorgehoben worden sind, so ist niemals von dieser Seite ein Gesetzentwurf von vornherein abgelehnt worden. Sie hat nie von Anfang an einen Gesetzentwurf in Grund und Boden geredet. Es kann ein Gebot der Vorsicht, der staatsmännischen Klugheit sein, sich gegen unsympathische Gesetzentwürfe erst dann festzulegen, wenn klar zutage liegt, daß sie ohne Verletzung höherer Staatsinteressen vermieden werden können. Ich gebe gern zu, Ihr Verhalten (nach rechts) ist vielleicht durchaus konsequent. Aber es ist ein Irrtum, zu glauben, daß Konsequenz auch politische Fehler rechtfertige. Man kann sie machen, man kann aber auch, um das Gute für die Zukunft sicher zu stellen, sich mit weniger Wünschen begnügen. Der Sieg in der Gegenwart ist häufig der Pfad von Niederlagen in der Zukunft. (Sehr wahr! links.) Das ist eine Wahrheit, die die Geschichte überall in allen Ländern und zu allen Zeiten bestätigt. Ich verstehe nicht — das wiederhole ich — was die konservative Partei bewogen hat, das Rückgrat der konservativen Partei bilden, jahrhundertelang für Preußen geleistet haben. Ich weiß wohl, was Preußen bedeutet. Unter der Führung der Monarchie ist durch die Junker — jawohl die mit Unrecht sowiel geschmähten Junker — die preußische Macht aufgerichtet worden und von der preußischen Macht das Deutsche Reich. (Rufe links: Jena!) Mehr als eine andere hat die konservative Partei den Anteil gehabt an der Regierung. Aber **die Regierung kann nicht zur Geschäftsführerin der konservativen Partei werden;** ebensowenig kann die Regierung verlangen, daß die konservative Partei eine Regierungspartei sans phrase werden soll. Die Zeiten des alten Gerlach, der von der konservativen Partei sagte: „Mit der Regierung voll Mut, ohne die Regierung in Wehmut, gegen die Regierung in Demut“, sind vorüber. (Heiterkeit.) Das sind tempi passati. Aber ein eminenter englischer Staatsmann, Salisbury, hat einmal gesagt: „England, das Musterland und das Vorbild aller Parlamente wird nicht zugrunde gehen, es sei denn durch sein Parlament. So ist es auch mit der konservativen Partei. Durch ihre eigene Schuld gräbt sich die konservative Partei ihr eigenes Grab, wenn sie sich berechtigten Forderungen verschließt, wenn sie die unhaltbare Position nicht rechtzeitig räumt. Wenn die konservative Partei festhalten an ihren großen Grundsätzen und sich mit den Aufgaben der Zeit erfüllt, dann wird sie immer ein bedeutsamer Faktor in unserem öffentlichen Leben bleiben zum Segen des Landes. Aber auch nur dann, wenn sie dies tut! Dann wird sie immer ihre große Stellung behaupten in unserem öffentlichen Leben. Auch ihr „Mannehmbar“ wird sie vielleicht die Erbschaftssteuer im diesem Augenblick zu Fall bringen. Aber Sie werden dadurch für die Zukunft neuen Erbschaftssteuern die Wege zu eröffnen (Sehr richtig! links), die dann kommen werden, und die den Gesichtspunkten und den Wünschen der konservativen Partei weniger Rechnung tragen werden als die heute vorgeschlagene Steuer. (Hört, hört! links.) Die Haltung der Konservativen in dieser großen Frage wird einen tiefen Eindruck machen auf das deutsche Volk. (Sehr richtig!) Es können dadurch Widerstände und Gegensätze gegen die konservative Partei hervorgerufen und gesammelt werden, es kann dadurch ein Weg eröffnet werden, den zu begünstigen weder Sie noch ich vor der Zukunft verantworten können. Man hat den

Gedanken einer Annäherung der Konservativen und Liberalen,

eines Zusammenwirkens der Konservativen und Liberalen als eine vorübergehende parlamentarische Konstellation hingestellt. Erst gestern habe ich einen in diesem Sinne gehaltenen Artikel gelesen. Ich glaube, daß die Geschichte in diesem Gedanken mehr sehen wird. Je weiter man sich von einem Gebirge entfernt, um so deutlicher tritt der Gebirgszug hervor, und so wird auch die künftige Perspektive in der genannten Konstellation, in dieser Politik das richtige Bild haben. Die Regierung hat durch die konservativ-liberale Konstellation sich nicht nur die Mitarbeit der Liberalen und Konservativen sichern, sondern sie hat auch dadurch Gegensätzen und Kämpfen vorbeugen wollen, die das gesetzliche politische Leben Deutschlands unerquicklich gestalten können. Daß das ein staatsmännischer Gedanke war, wird die Zukunft einsehen und die Geschichte anerkennen, gleichviel, ob der Träger dieses Gedankens früher oder später von seinem Platze abtreten wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Im einzelnen will ich bei den heute zur Debatte stehenden Gegenständen den Herren Ressortchefs und den übrigen Sachverständigen das Wort überlassen. Als Folgerungen meiner Ausführungen und in Konsequenz der Auffassung, die ich bei allen Verhandlungen über die Reichsfinanzreform von Anfang an festgehalten habe, will ich nur noch Nachstehendes sagen: **In Uebereinstimmung mit den verbündeten Regierungen betrachte ich es als nobile officium, als Pflicht ausgleichender Gerechtigkeit, als sozialpolitische Notwendigkeit, daß die der Gesamtheit auferlegten neuen Steuern zum guten Teil von den Besitzenden getragen werden.** Es geht nicht an, daß 500 Millionen Mark neue Steuern nur auf die Mittelklassen oder auf wenig Bemittelte gelegt werden, auf Verbrauchsabgaben und indirekte Steuern, die die Mittelklassen und weniger Bemittelten verhältnismäßig härter treffen als die Begüterten. (Lebhaftes Hört, hört! links.) Es wäre auch ungerecht und unrichtig, einzelne Arten des Besitzes zu belasten und andere freizulassen. Weil sie alle Arten des Besitzes gleichmäßig trifft, weil sie die Ausstattung nach der Leistungsfähigkeit ermöglicht, weil sie dem Boden sozialer Gerechtigkeit entspringt, nicht aus Eigensinn und Rechthaberei halte ich an der Erbschaftssteuer fest und wende mich gegen die Versuche, einzelne Arten des Einkommens oder des Erwerbes einer Besteuerung zu unterziehen. **Ich lehne es ab, im Bundesrate Steuern zu vertreten, die Handel und Gewerbe schwer schädigen, die Handel und Industrie belasten, die gesamte wirtschaftliche Stellung des Landes verschlechtern.** (Lebhafte Zustimmung links.) Die Finanzreform — das ist die wohlerwogene Ansicht aller verbündeten Regierungen — kann nur zustande kommen, wenn die Beschlüsse dieses Hauses sachlich vertretbar sind, und nach sachkundigem Urteil die unbedingt notwendige Summe in ihrem vollen Betrage ergeben. Trotz der Schwierigkeit der Situation und der bedauerlichen Spannung zwischen den verschiedenen Parteien des Hauses halte ich noch an der Hoffnung fest, daß in diesem hohen Hause Gemeinsinn, nationales und soziales Empfinden den Sieg davontragen werden über Kleinlichkeit und Parteigezänk. An dieser Hoffnung werde ich bestärkt durch die Stimmung im Lande. Diese ist frei von Engherzigkeit, sie würdigt die große Aufgabe und wird früher oder später streng mit den Parteien ins Gericht gehen, die das große Werk der Finanzreform schädigen oder zu Falle bringen sollten. (Lebhafte Bewegung.)

Nun noch ein persönliches Wort! Seit Wochen regen sich die Zeitungen darüber auf, ob ich bleibe oder gehe. (Heiterkeit.) **Ich bleibe, solange Se. Majestät der Kaiser glaubt, daß meine Mitwirkung in der inneren und äußeren Politik nützlich ist für das Reich** und solange ich selbst nach meiner eigenen politischen Ueberzeugung und nach meiner Beurteilung der Sachlage glaube, nützlich wirken zu können. Ich kenne kein Gebiet der inneren Politik von gleicher Wichtigkeit wie das baldige Zustandekommen der Finanzreform. (Allseitige Zustimmung.) Dieser großen Aufgabe ordne ich selbstverständlich meine Person vollkommen unter. Wenn ich mich überzeugen sollte, daß meine Person der Sache entgegen steht, daß ein anderer leichter zum Ziele gelangt, oder wenn sich die Betätigung in einer Richtung entwickeln sollten, die ich nicht mitmachen kann und will und nicht mitmachen werde, so wird es mir auch möglich sein, den Träger der Krone von der Opportunität meines Rücktritts zu überzeugen, und dann wird mein Wunsch, daß mein Nachfolger Erfolge erzielt, ebenso ehrlich sein, wie es meine Arbeit im Dienste des Landes war. (Im Hause herrscht lebhafte Erregung. Es bilden sich überall Gruppen von Abgeordneten. Die ersten Worte des Schatzsekretärs gehen in der allgemeinen Unruhe völlig verloren. Nur mühsam schafft der Präsident einigermaßen Ruhe.)

Schatzsekretär Dr. **Sydow** verweist einleitend auf die Verhandlungen in der Finanzkommission. Die Liberalen haben sich bereit erklärt, vierhundert Millionen Mark Konsumsteuern zu bewilligen, wenn 100 Millionen Mark auf den Besitz gelegt werden. Diesen Standpunkt hat sich auch die Regierung im wesentlichen zu eigen gemacht. Die Kommission hat nun Konsumsteuern in Vorschlag gebracht, die abgelehnt von einzelnen, die ausscheiden müssen — wie die Mühlenindustrie — und 360 Millionen aufbringen können. Anders liegt die Sache bei den Besitzsteuern. Da liegen Beschlüsse vor, die nicht zweckmäßig sind. Daher hat die Regierung neue Steuervorschläge dem Hause unterbreitet.

Der Schatzsekretär erörtert in erster Linie

die Kotierungssteuer

Sie wäre zunächst eine ungerechte Steuer. Sie geht gegen die Börse, trifft aber in Wirklichkeit andere Kreise und mit den Schuldverschreibungen auch weite Kreise kleiner Leute. Durch den Druck den sie auf den Kurs ausübt, trifft sie die Kapitalbildung; sie beeinflußt gewisse Zweige des öffentlichen wirtschaftlichen Lebens. Dazu kommt, daß die Steuer auch geplant ist für den Fall, daß eine Gesellschaft keine Dividende bezahlt. Es ist bereits von der Kommission darauf hingewiesen worden, daß zum Beispiel der Norddeutsche Lloyd neben seinem Verlust noch eine Abgabe von 430,000 Mark würde entrichten müssen. Dabei ist es noch durchaus zweifelhaft, ob es zulässig ist, diese Steuer auch auf ausländische Papiere, die an unserer Börse zugelassen sind, auszudehnen: auf ausländische Staatspapiere ganz gewiß nicht. Dazu kommen noch die volkswirtschaftlichen Bedenken, die der Steuer entgegenstehen, besonders zunächst für die ausländischen Papiere. Sie würde diese vom deutschen Markte verdrängen. Deutschland braucht einen Bestand an guten ausländischen Papieren; es braucht sie für den Fall, daß ausländische Guthaben zurückgezogen werden, zur Schonung seines Besitzes an Gold. Die deutsche Industrie braucht aber auch die Beteiligung Deutschlands in ausländischen Werten. Es ist das ein Faktor des wirtschaftlichen Ansehens. Sie sehen das ja jetzt bei der Kanton-Hankau-Bahn, wo die größten europäischen Staaten mit den Vereinigten Staaten von Amerika darin wetteifern, einen Anteil an dem Unternehmen zu bekommen, weil das ein Mittel ist, die inländische Industrie mit Aufträgen für das Ausland zu versehen. Aber die Kotierungssteuer würde auch die Kapitalsbeschaffung erschweren. Durch Herabdrückung der Rente um den Steuerbetrag wird das Geld, das die Unternehmungen aufwenden müssen, verteuert und das können wir in Deutschland uns nicht gestatten. Wir sind in Deutschland im Verhältnis zur Unternehmungslust dazu ein an Betriebskapital armes Land. Eine weitere Folge würde sein, daß das deutsche Kapital, das Anlagen sucht, nach dem Auslande abwandert. Niemand kann den deutschen Kapitalisten daran hindern, seine Anlagen in guten ausländischen Papieren, die in London, in Antwerpen gehandelt werden, zu suchen, wenn ihm die Anlage im Inlande erschwert wird. Und nun noch die besondere Besteuerung der für Termingeschäfte zugelassenen Papiere. Es steht das doch in direktem Widerspruch damit, daß das Börsengesetz im Frühjahr vorigen Jahres den Kreis der Papiere, die im Termin gehandelt werden können, erweitert hat. Nebenbei bemerkt ist das ja ein Schlag ins Wasser sein; denn es ist gar nicht anzunehmen, daß die Gesellschaften gutwillig die Mehrkosten einer solchen Belastung tragen würden.

Und nun der finanzielle Erfolg! Die Antragsteller haben 80 Millionen herausgerechnet. Aus der Begründung ihres Antrages kann man dreist den Satz unterschreiben, daß alles auf Schätzungen beruht. Alles ist Schätzung sowohl in bezug auf die Höhe des Umsatzes, als die Höhe des umlaufenden Kapitals, und jeder Satz der Berechnung ruht auf einer zum mindesten ganz schwankenden Unterlage. Selbst wenn man davon ausgeht, daß kein erheblicher Rückgang des Verkehrs infolge dieser starken Besteuerung stattfindet, so würde man keinesfalls über 50 Millionen kommen. Es kommt dazu, daß eine derartige Einwirkung auf den Verkehr der Börse einen Verlust an Umsatzsteuern dem Reiche bringen würde.

Das Hauptargument für die Steuer war nun, daß sie sich in Frankreich bewährt habe. Nach den Erkundigungen, die wir in Frankreich eingezogen haben, ist das Gegenteil der Fall. Die soliden Anlagen haben den französischen Markt gemieden. Der jetzige französische Finanzminister Caillaux hat sich sehr scharf darüber geäußert. Er sagte: „Die ausländischen Schuldner, die freie Wahl haben,